

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Taxonomie

Strenge Auflagen für Gas und Kernenergie

Seite 3

IM FOKUS

Halbleiter

Kommission treibt Aufbau eigener Industrie voran

Seite 4

Industriestandards

EU will weltweit Vorreiter werden

Seite 5



Ursula von der Leyen warnte vor den Konsequenzen einer russischen Aggression und versicherte der Ukraine die politische und finanzielle Unterstützung der EU.

Credit © European Union, 2022

PRESEFREIHEIT

EU stützt Deutsche Welle

Die EU-Kommission hat den Entzug der Sendelizenz der Deutschen Welle in Russland verurteilt. Die EU „steht solidarisch an der Seite der Deutschen Welle und ihrer Beschäftigten in Russland“, erklärte ein Sprecher der Kommission. Die Reaktion der russischen Behörden zeige, dass sie die Medienfreiheit kontinuierlich verletzen und die Unabhängigkeit der Medien missachteten, sagte er weiter.

Die deutschen Behörden hatten zuvor dem russischen Auslandssender RT DE den Betrieb in Deutschland untersagt, unter anderem wegen der Verbreitung von Falschnachrichten. Die Entscheidung der deutschen Medienaufsicht „steht in keinem Zusammenhang mit der Arbeit der Deutschen Welle in Russland“, betonte die EU.

Sendeverbot für Deutsche Welle

EUROPÄISCHE SICHERHEIT

Von der Leyen sichert Ukraine Unterstützung zu

EU-Kommission und Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich weiter für eine diplomatische Lösung der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine eingesetzt. „Die Lage ist sehr ernst. Wir hoffen und tun alles, dass es einen diplomatischen Ausweg gibt“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

> Die Präsidentin warnte für den Fall einer russischen Aggression vor erheblichen Konsequenzen. Die Kommission „habe ein robustes und umfassendes Paket von Finanz- und Wirtschaftssanktionen vorbereitet. Das geht von Kappung des Zugangs zu ausländischem Kapital bis zu Exportkontrollen vor allem technischer Geräte“, erklärte von der Leyen.

Kommission sichert Ukraine Finanzhilfen zu

Auf Initiative der Kommission sagte die EU der Ukraine weitere 1,2 Mrd. Euro in Form von Makrofinanzhilfen zu. Nach Zustimmung von EU-Staaten und Parlament könnte eine erste Tranche in Höhe von 600 Mio. Euro unverzüglich ausgezahlt werden. Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 hat die EU die Ukraine mit rund 17 Mrd. Euro unterstützt. Das

Land werde „von der EU auch weiterhin politische, finanzielle und technische Unterstützung erhalten“, bekräftigte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, bei einem Besuch in Kiew.

Auch viele Staats- und Regierungschefs von Mitgliedstaaten waren zuletzt in die Ukraine gereist, um dem Land ihre Unterstützung zuzusichern. „Die Ukraine ist ein souveränes Land, eine stolze Nation, die selbstverständlich wie jedes andere Land das Recht hat, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden“, stellte von der Leyen klar.

Energierat mit den USA

Die Kommission intensivierte zugleich ihre Bemühungen, Europas Abhängigkeit von Russland bei der Versorgung mit Erdgas weiter zu verringern. >>

“ Die EU steht dem ukrainischen Volk in diesen schwierigen Zeiten zur Seite. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

>> „In den vergangenen zehn Jahren hat die EU in die Diversifizierung der Versorgung durch Infrastruktur und den Ausbau ihrer internen Energienetze investiert und so die Widerstandsfähigkeit und Flexibilität der Energiemärkte erhöht“, bekräftigte von der Leyen in einer gemeinsamen Erklärung mit US-Präsident Joe Biden vor dem Energierat zwischen der EU und den USA in Washington.

Beide Seiten vereinbarten dabei zusätzliche Lieferungen von verflüssigtem Erdgas – Liquefied Natural Gas (LNG) – aus den USA nach Europa. Zugleich verhandelte EU-Energiekommissarin Kadri Simson mit anderen Lieferländern wie Katar über zusätzliche LNG-Importe.

Die Kommission arbeite weiter an der Diversifizierung der Energieversorgung „angefangen bei Norwegen, dem Lieferanten, mit dem wir schon lange und verlässlich gearbeitet haben. Aber auch mit Katar, Aserbaidschan und Ägypten“, erläuterte von der Leyen.

Derzeit verfügt die EU über 25 LNG-Terminals, um verflüssigtes Erdgas von Schiffen an Land zu lösen und in die europäischen Energienetze einzuspeisen. Der Bau weiterer Anlagen wird erwogen,

unter anderem in Stade und Brunsbüttel am Unterlauf der Elbe. „Flüssigerdgas kann kurzfristig die Versorgungssicherheit verbessern, während wir weiterhin darauf hinarbeiten, den Übergang zu Netto-Null-Emissionen zu erreichen“, untermauerte von der Leyen die Notwendigkeit, sich im Zuge des Europäischen Grünen Deals weiter von fossilen Energieträgern wie Erdgas und Öl unabhängig zu machen und auf nachhaltige Ressourcen zu setzen.

„Jede Kilowattstunde Strom, die Europa mit Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse erzeugt, macht uns unabhängiger von russischem Gas und anderen Energieimporten“, so die Präsidentin auf der Digitalkonferenz „Europe 2022“. Der Grüne Deal, mit dem Europa bis 2050 Klimaneutralität erreichen will, sei deshalb nicht nur ein neues, nachhaltiges Wachstumsmodell. „Er ist auch ein Stück Geopolitik.“

EU-weit sind die Erdgasspeicher derzeit zu 38 Prozent gefüllt, in Deutschland weisen die Erdgaskavernen einen Füllstand von 37 Prozent auf. Vor einem Jahr hatte der Speicherstand in Deutschland noch 46 Prozent und in der EU 52 Prozent betragen – schon das lag deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. „Wir sind zu sehr abhängig von einem Lieferanten“, erklärte Simson in Washington. Derzeit bezieht die EU rund 40 Prozent ihrer Gaseinfuhren aus Russland, in Deutschland liegt der Anteil bei 55 Prozent. (pr) >|

■ *Energiesicherheit*

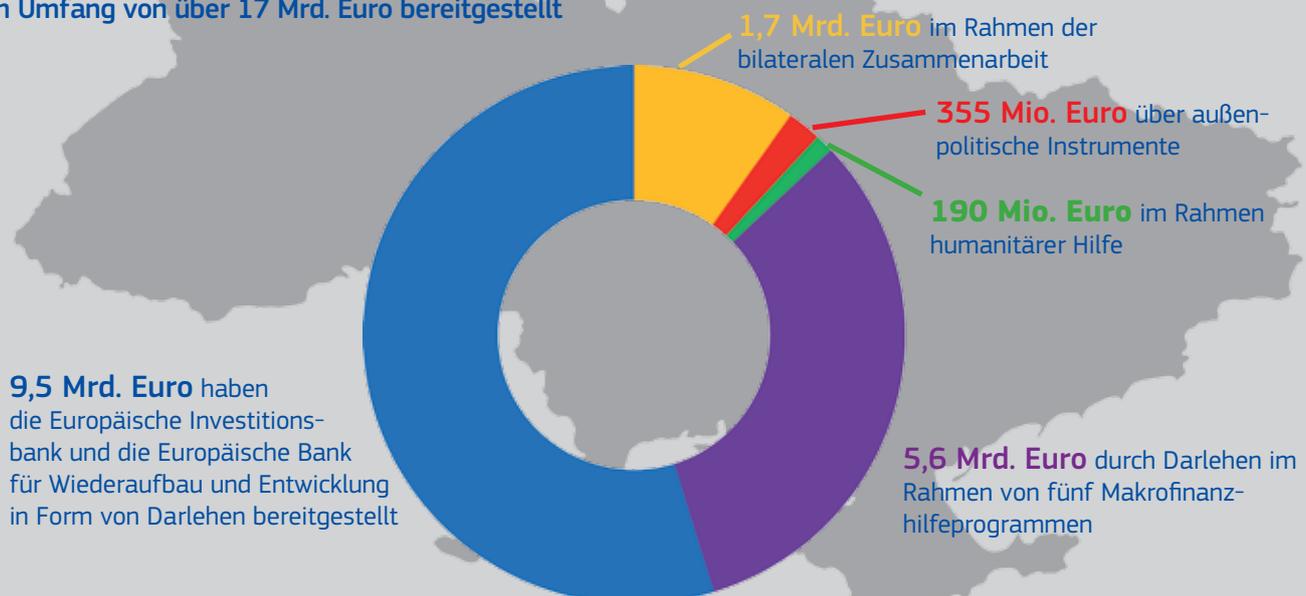
Sanktionen

Im Januar 2022 hat die EU ein Set an Restriktionen gegen Russland um weitere sechs Monate verlängert. Grund ist die Nichteinhaltung des Minsker Abkommens zur Stabilisierung der Lage im Osten der Ukraine.

Bereits im März 2014 nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim hatte die EU erste Sanktionen besiegelt. Diese umfassen unter anderem Beschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen zu Krim und Sewastopol sowie Restriktionen für einzelne Wirtschaftsbereiche. Zudem wurden restriktive Maßnahmen gegen 185 Personen erlassen, unter anderem durch das Einfrieren von Vermögen in der EU und ein Einreiseverbot.

Solidarität der EU mit der Ukraine

Seit 2014 haben die EU und die europäischen Finanzinstitutionen dem Land Finanzhilfen und Darlehen im Umfang von über 17 Mrd. Euro bereitgestellt



Quelle: EU-Kommission

Karte: Shutterstock

TAXONOMIE

Kommission definiert strenge Auflagen für Kernenergie und Erdgas

Die EU-Kommission hat ein weiteres Gesetz verabschiedet, das festlegt, unter welchen Bedingungen Energieträger als nachhaltig eingestuft werden. „Die EU hat sich verpflichtet, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, dazu müssen wir alle verfügbaren Mittel nutzen“, sagte Finanzmarktkommissarin Mairead McGuinness (Foto). Investitionen in Erdgaskraftwerke gelten demnach als nachhaltig, wenn sie schmutzige Kohlekraftwerke ersetzen und sich ab 2035 mit Wasserstoff betreiben lassen. Kernenergie kann als nachhaltig eingestuft werden, wenn die Lagerung der Brennstoffabfälle gesichert ist. „Wir legen strenge Bedingungen vor, die zur Mobilisierung von Kapital für den Ausstieg aus schädlicheren Energieträgern wie Kohle beitragen“, so McGuinness.

Die EU strebt an, im Rahmen des Europäischen Grünen Deals bis 2050 klimaneutral zu werden. Das erfordert erhebliche private Investitionen. Die Taxonomie legt ein Set an Regeln fest, die sicherstellen, dass die Mittel in nachhaltige Vorhaben fließen. Der Vorschlag der Kommission erfolgt als delegierter Rechtsakt. Wird der Vorstoß nicht von mindestens 20 Mitgliedstaaten oder der absoluten Mehrheit der Europaabgeordneten verworfen, tritt er zum 1. Januar 2023 in Kraft.

| *Energiewende*

DEUTSCHLAND

EU genehmigt Hilfen für Flughafen BER

Die Europäische Kommission hat staatliche Finanzhilfen für den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) von bis zu 1,7 Mrd. Euro gebilligt. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. „Die Flughäfen wurden von der Coronavirus-Pandemie und den geltenden Reisebeschränkungen besonders hart getroffen. Mit dieser Maßnahme wird Deutschland dazu beitragen, die Eigenkapitalposition des Flughafens Berlin Brandenburg zu stärken“, sagte Margrethe Vestager, die für Wettbewerb zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission. „Um übermäßige Wettbewerbsverfälschungen zu begrenzen, wird die öffentliche Förderung jedoch mit Auflagen verbunden sein“, stellte Vestager klar.

Die Genehmigung wurde mit Blick auf starke Einbußen des Flughafens während der Pandemie erteilt. Die Kommission hatte ihre Vorgaben für staatliche Beihilfen seit Beginn der Corona-Krise gelockert.

| *Beihilfen BER*

PROGNOSE

Kommission sieht Inflation 2023 wieder unter 2 Prozent

Die Pandemie lastet weiter auf Europas Wirtschaft. Nach einem Wachstum von 5,3 Prozent im Vorjahr rechnet die EU-Kommission für dieses Jahr EU-weit mit einem Anstieg um 4,0 Prozent und einem Plus von 2,8 Prozent im kommenden Jahr. Von „heftigem Gegenwind“ sprach Währungskommissar Paolo Gentiloni bei der Vorstellung der Winterprognose und nannte als belastende Faktoren neben der Omikron-Welle unter anderem den Druck auf Lieferketten sowie steigende Energiepreise. Bereits für kommendes Jahr rechnet die Kommission mit einer Rückkehr der Inflationsrate unter die von der Europäischen Zentralbank angestrebte Marke von 2 Prozent. Nach einer Inflation von 2,6 Prozent in der Eurozone im Vorjahr steigt die Rate 2022 auf 3,5 Prozent, um im kommenden Jahr im Euroraum auf 1,7 Prozent zu fallen. „Europas Wirtschaft hat den Schwung zurückgewonnen“, sagte Gentiloni mit Blick auf den nahenden Höhepunkt der Infektionszahlen.

Für Deutschland sieht die Kommission für dieses Jahr ein Wachstum von 3,6 Prozent (2021: 2,8 Prozent), für das kommende Jahr wird ein Plus von 2,6 Prozent für die deutsche Wirtschaft erwartet. Der Arbeitsmarkt in Deutschland habe sich „stetig erholt“, heißt es in der Prognose.

| *Wirtschaftsprognose Winter 2022*

CORONA-PASS

Reisen in Europa wird einfacher

Die EU erleichtert die Mobilität in Europa mit dem digitalen COVID-Zertifikat. So ist die Impfbescheinigung im digitalen Corona-Pass nach einer entsprechenden Impfung künftig neun Monate lang gültig. Eine entsprechende Initiative der EU-Kommission billigten die Mitgliedstaaten. „Das unterstreicht, wie wichtig eine Auffrischung ist“, erklärte Didier Reynders, Kommissar für Justiz und Verbraucherschutz. Die Regelung trat zum 1. Februar in Kraft.

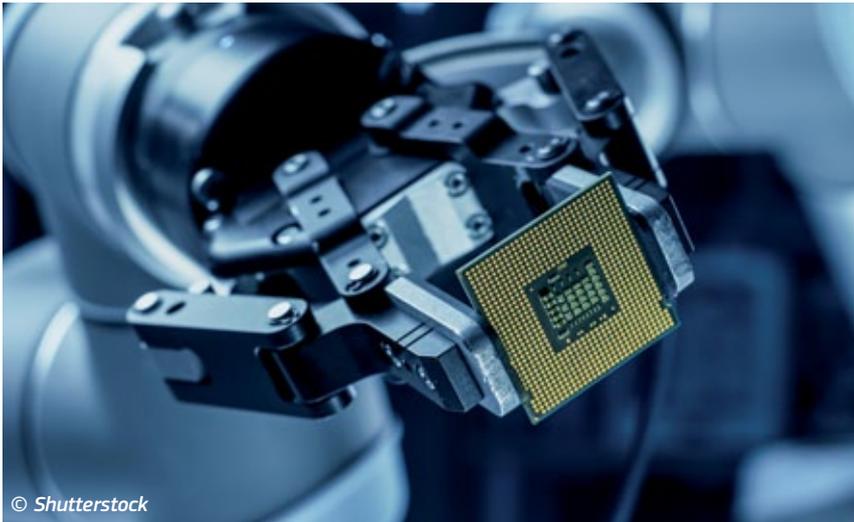
Für Reisen innerhalb der EU ist demnach allein der individuelle Impfstatus entscheidend, nicht das Infektionsgeschehen vor Ort. Die Vorgaben gelten ausschließlich für die Einreise in ein europäisches Land, im Inland können die Mitgliedstaaten gesonderte Vorgaben erlassen, etwa die 2G-Regel – genesen oder geboostert – für einen Restaurantbesuch. Das digitale COVID-Zertifikat war auf Initiative der Kommission eingeführt worden. Diese schlug nun vor, die Verwendung des Zertifikats bis zum 30. Juni 2023 zu verlängern.

| *COVID-Zertifikat*

DIGITALE SOUVERÄNITÄT

Kommission treibt Aufbau einer **eigenen Halbleiterindustrie** in Europa voran

Die EU-Kommission hat eine Initiative vorgelegt, um die Fertigung von Halbleitern in Europa auszubauen. „Unser Ziel ist ein hochmodernes Chip-Ökosystem inklusive Produktion“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Das ist auch eine Frage der Tech-Souveränität“, fügte sie hinzu.



© Shutterstock

Die EU und ihre Mitgliedstaaten mobilisieren rund 43 Mrd. Euro, um den Aufbau einer eigenen Halbleiterindustrie in Europa voranzutreiben.

> „Während weltweit die Nachfrage explodiert, ist Europas Anteil an der gesamten Wertschöpfungskette, vom Design bis zur Fertigungskapazität, geschrumpft. Es geht also nicht nur um unsere Wettbewerbsfähigkeit“, ergänzte Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

„Chips sind für den ökologischen und den digitalen Wandel und für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erforderlich. Wir sollten uns nicht auf ein einziges Land oder ein bestimmtes Unternehmen verlassen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten“, betonte Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und zuständig für „Ein Europa für das digitale Zeitalter“.

43 Mrd. Euro für eigene Chip-Industrie

Von der Leyen hatte den Vorstoß für einen European Chips Act im vergangenen September in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt. Nun mobilisieren EU und Mitgliedstaaten bis Ende des Jahrzehnts rund 43 Mrd. Euro, um eine eigene Halbleiterindustrie in Europa voranzutreiben. Ziel ist, den europäischen Anteil an der weltweiten Chipproduktion von derzeit 10 auf 20 Prozent im Jahr 2030 zu steigern. „Unsere Fähigkeit, die fortschrittlichsten Halbleiter zu produzieren, wird zu unserer künftigen industriellen Führung, aber auch zu unserem geopolitischen Gewicht beitragen“, sagte Breton.

Die Kommission setzt bei ihrer Initiative unter anderem auf:

- > **Förderung:** Zum Aufbau neuer Fertigungsstandorte, sogenannter Mega-Fabs, werden die Regeln für staatliche Beihilfen gelockert. Voraussetzung ist unter anderem ein EU-weiter Effekt der Investition. Zudem wird angestrebt, dass künftig auch so genannte Cutting-Edge-Chips, besonders kleine und leistungsstarke Halbleiter mit Strukturgrößen von weniger als fünf Nanometern, in Europa produziert werden.
- > **Forschung:** Die Erforschung der Halbleitertechnologie wird intensiviert, die Ausbildung von geeignetem Personal forciert. Mit Blick auf den Europäischen Grünen Deal wird besonders die Entwicklung stromsparender Halbleiter vorangetrieben.
- > **Frühwarnsystem:** Ein Koordinierungsmechanismus unter den Mitgliedstaaten soll Liefer- und Produktionsengpässe früh erkennen und rechtzeitig gegensteuern.

Ohne Halbleiter läuft in der modernen Industrie wenig. Von der Spülmaschine bis zum Auto steuern die elektronischen Bauteile wichtige Prozesse. So musste zuletzt auch in Deutschland teilweise die Produktion von Neuwagen gedrosselt werden, weil wichtige elektronische Schlüsselemente aus Asien fehlten. Auch in der Medizintechnik und Breitband-Telekommunikation herrscht Mangel. „Es ist unerlässlich, dass Europa auf eine eigene Produktionskapazität zählen kann“, so Breton.

Derzeit prüfen Chiphersteller den Bau neuer Fabriken in Europa – auch in Deutschland. „Was hier getan wird und in Zukunft getan werden soll, ist für die Stellung Europas auf der Weltbühne äußerst wichtig“, hatte Breton Ende vergangenen Jahres bei einem Besuch in Dresden erklärt. Breton war bei seiner Visite in Sachsen auch mit Vertreterinnen und Vertretern von Herstellern wie Robert Bosch, NXP und Infineon zusammengekommen und hatte zudem Forscherinnen und Forscher vom Fraunhofer-Institut für Photonische Mikrosysteme (IPMS) getroffen. Dresden gilt mit Blick auf Produktion und Forschung als einer der Vorzeigestandorte der Halbleiterindustrie in Europa. (pr) >|

■ Europäische Halbleiterindustrie

Entscheidende Bauteile

1 Billion Mikrochips wurden im Jahr 2020 hergestellt, das macht rund 130 elektronische Bauteile für jeden Menschen auf der Welt. 10 Prozent beträgt der Marktanteil der EU an der Halbleiterproduktion. Die Engpässe bei der Lieferung – auch im Zuge der Pandemie – haben die Autoproduktion um ein Drittel sinken lassen.

Derzeit sind 5 Nanometer der Standard bei der Chip-Herstellung. Angestrebt wird, noch in diesem Jahr 3 Nanometer zu schaffen, bis Ende 2024 soll die Größe der entscheidenden Bauteile auf 2 Nanometer sinken.

INDUSTRIEPOLITIK

EU setzt auf **Vorreiterrolle** bei der weltweiten **Standardsetzung**

Die Europäische Union bringt sich stärker in die globale Standardsetzung für Industrieprodukte, Dienstleistungen und Hochtechnologie ein. „Europas technologische Souveränität und seine Möglichkeiten, Abhängigkeiten zu verringern, hängen von unserer Fähigkeit ab, weltweit Standards zu setzen“, sagte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton bei der Vorlage der neuen Normierungsstrategie der EU.

> Weltweit gültige Standards seien auch ein Wettbewerbsvorteil, stellte Breton klar. „Durch die Festlegung globaler Normen exportiert die EU ihre Werte und verschafft EU-Unternehmen einen wichtigen Vorsprung“, erläuterte der Kommissar.

Von FFP2-Masken über Skibindungen bis zur Funkfrequenz für WLAN-Verbindungen begleiten rund 3.600 Normierungen die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher in ihrem Alltag. Die Standardvorgaben werden von privatrechtlichen Vereinen wie dem Europäischen Komitee für Normierung (CEN) mit Sitz in Brüssel oder der Internationalen Organisation für Normierung (ISO) mit Sitz in Genf gemeinsam mit Unternehmen erarbeitet. EU und Mitgliedstaaten übernehmen die Vereinbarungen in einem letzten Schritt. Dabei wirkt der Europäische Binnenmarkt mit seinen rund 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher als prägende Kraft. Neue Wettbewerber und deren strategische Interessen erfordern nun neue Bemühungen. „Standards galten lange Zeit als rein technische Angelegenheit, sie spielen aber längst eine geopolitische Rolle“, stellte Breton klar.

Deshalb wird sich die EU bei der Normierung künftig stärker einbringen. Das umfasst unter anderem:

- > **Strategisches Vorgehen:** Ziel ist, die Initiative bei Normierungen in zukunftsweisenden Bereichen zu übernehmen. Dabei geht es um neue Technologien wie Künstliche Intelligenz, Batterietechnik für die Elektromobilität sowie die Erzeugung von grünem Wasserstoff und die Mikroelektronik. Dazu wird ein neues Beratergremium geschaffen, die EU-Kommission installiert zudem einen eigenen Normierungsbeauftragten.
- > **Schnellere Verfahren:** Die europäischen Normierungsprozesse werden vereinfacht und beschleunigt. Durch bessere Verwaltungsstrukturen in den Normierungsgremien soll zudem



der Einfluss externer Akteure beschränkt werden. So sollen im Verlauf eines Standardisierungsprozesses nur noch die nationalen Normungsorganisationen wie das Deutsche Institut für Normung (DIN) stimmberechtigt sein.

- > **Engere Verzahnung:** Fragen der Normierung werden künftig auch bei Forschungsvorhaben stärker berücksichtigt.
- > **Mehr Nachwuchs:** Die Ausbildung von Normierungsexperten an europäischen Universitäten wird ausgebaut.
- > **Stärkeres Engagement:** Die Mitgliedstaaten arbeiten enger zusammen, um Europas Führungsrolle beim Setzen von Standards zu untermauern. Zugleich wird die Kooperation mit Partnerländern, die europäische Werte und Interessen teilen, ausgebaut.

„Datenschutz bei künstlicher Intelligenz oder die Sicherheit mobiler Geräte vor Hackerangriffen, beruhen auf Normen und müssen mit den demokratischen Werten der EU in Einklang stehen“, betonte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager, zuständig für Digitalisierung.

Internationale Standards sind ein erheblicher Wettbewerbs- und Kostenfaktor. Allein für deutsche Unternehmen wird der Normierungsvorteil auf jährlich rund 17 Mrd. Euro beziffert. Die Strategie erfolge zum passenden Zeitpunkt, lobte Franziska Brantner, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klima. „Im internationalen Wettbewerb gilt: Wer den Standard hat, hat den Markt“, so Brantner. (pr) >|

Die Mitgliedstaaten arbeiten künftig noch enger zusammen, um Europas Führungsrolle beim Setzen von Standards zu untermauern.

Normierung

Standards für den Europäischen Binnenmarkt werden durch das Europäische Komitee für Normierung (Comité Européen de Normalisation - kurz CEN) erarbeitet. Für den Bereich der Elektrotechnik erfolgt die Standardsetzung durch das Europäische Komitee für elektrotechnische Normierung (Cenelec), in der Telekommunikation durch das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen (ETSI).

Die europäischen Gremien arbeiten eng mit der Internationalen Organisation für Normierung (ISO) und ihren Partnern zusammen: der Internationalen Elektrischen Kommission (IEC) für die Normierung im Bereich Elektrotechnik beziehungsweise der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) für die Telekommunikation.

EUROPA VOR ORT

Das EU-Projekt **DIGITOL** schiebt mehr an als nur **gemeinsames Lernen**

Falschnachrichten im Netz kursieren nicht erst seit der Corona-Pandemie. Im Kreis Offenbach hilft das Projekt DIGITOL Fake News im Netz zu erkennen und fördert weit mehr als nur generationsübergreifendes Lernen. „Ich habe in dem Projekt wahnsinnig viel gelernt. Nicht nur inhaltlich, sondern auch menschlich“, sagt Mahmoud Haji.



© WISA e.V.

Mahmoud Haji gibt im Rahmen des EU-Projekts DIGITOL Tipps für den richtigen Umgang mit dem Mobiltelefon.

> Haji, 24, kam 2015 aus Syrien nach Deutschland. Nach einer erfolgreichen Ausbildung arbeitet er hier als IT-Techniker. Seine Bilanz über das unter anderem mit Erasmus+-Mitteln finanzierte Programm DIGITOL: „Es ist toll, dass die EU solche Projekte fördert.“ Die EU unterstützte das Programm im Kreis Offenbach mit knapp 120.000 Euro, das Jobcenter „Pro Arbeit“ steuerte weitere Gelder bei und profitiert von einem bundesweit einmaligen Vorteil: Das kommunale Jobcenter im Kreis Offenbach hat eine eigene Abteilung für europäisches Projektmanagement, das sich vorrangig um die Umsetzung EU-geförderter Projekte kümmert.

DIGITOL ist eines von derzeit rund zehn EU-Programmen von „Pro Arbeit“ im Kreis Offenbach: Die Idee der intergenerationellen Initiative der EU: Jüngere werden als Digitaltrainer geschult und arbeiten dann mit älteren Erwachsenen an einem gemeinsamen Projekt, etwa Falschnachrichten im Netz zu erkennen. Dabei werden ganz nebenbei praktische Dinge vermittelt – vom Umgang mit Smartphones und Tablets über die Welt der sozialen Medien bis hin zu Apps und Co. Das Programm hat einen doppelten Mehrwert: Die Älteren stärken ihre Digitalkompetenzen, die Jüngeren entwickeln ein besseres Selbstwertgefühl. „Es war schön, älteren Menschen zu helfen“, sagt Haji.

Im Januar lief die Förderung von DIGITOL aus. Aber das Projekt im Landkreis Offenbach wirkt nach, denn es ist auf Nachhaltigkeit angelegt. Auf das

von der EU-geförderte Programm DIGITOL folgte die private Initiative „Digitales Café“. Dort kommen Junge wie Haji und Ältere weiter zusammen, um mit- und voneinander zu lernen. Ein weiteres EU-gefördertes Projekt zum Thema digitale Kompetenz läuft im Kreis Offenbach gerade an: Das Projekt FAST LISA will mithilfe der Beteiligung junger Menschen Werkzeuge für einen besseren Umgang mit Online-Hassreden entwickeln.

Bereits seit 2015 unterstützt die EU im Kreis Offenbach über den Europäischen Sozialfonds (ESF) das Projekt JUSTIQ – Jugend stärken im Quartier – mit insgesamt 1,4 Mio. Euro. Dabei werden benachteiligten Jugendlichen schulische und berufliche Perspektiven eröffnet. Und es geht durchaus handfest zu. So wird auch das Viertel durch die Jugendlichen verschönert: vom Bau eines Trimm-Dich-Pfads bis zum Anlegen eines Gemeinschaftsgartens.

Mehrere Preise abgeräumt

Mahmoud Haji ist im Kreis Offenbach nicht nur im Digitalen Café aktiv. Er engagiert sich auch im Verein „WISA – Wir sind angekommen“. Der unterstützt Geflüchtete bei Behördengängen, Wohnungssuche und anderen praktischen Dingen. Auch hier hatte DIGITOL einen nachhaltigen Effekt. In der Pandemie wurde die Idee des spielerischen Lernens von Digitalkenntnissen auf Schülerinnen und Schüler übertragen und die Kinder Geflüchteter beim Homeschooling unterstützt. „Vor Corona hatten sie gute Noten, aber mit dem Distanzunterricht gingen die Leistungen runter“, sagt Haji. So entwickelte er mit seinem Team eigenes Unterrichtsmaterial und führte die Kinder an Laptops und Tablets heran. „Wir haben viel mit Piktogrammen gearbeitet. Wenn's schwierig wurde, haben wir uns auch persönlich draußen mit dem Computer getroffen“ erzählt Haji.

Er hat den Verein nicht nur mitgegründet, sondern ist auch dessen Vorsitzender. Im vergangenen Jahr erhielt WISA den hessischen Elisabeth-Preis für Soziales, unter anderem verliehen vom hessischen Sozialministerium. Auch mit dem Preis für Bürgerengagement des Landes Hessen wurde der Verein ausgezeichnet. Hajis Erfahrung: „Ohne DIGITOL wären wir mit unserem Verein WISA nicht so rasch vorangekommen.“ Europa wirkt. Nachhaltig. (pr) >|

Europe Direct

Europaweit unterhält die EU 424 Informationszentren Europe Direct, davon 48 in Deutschland. Sie informieren über die Arbeit der Europäischen Union und ihrer Organe. „Unser Ziel ist es, zu zeigen, dass die EU nahbar ist und Europapolitik eine große Relevanz für das tägliche Leben hat“, sagt Sibylle Möller vom Europe Direct Relais Rhein-Main beim Landkreis Offenbach. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Kommunen, Schulen, Institutionen, Verbände und Unternehmen können sich im Kreishaus in Dietzenbach über europäische Fragen informieren und mitdiskutieren. Eine Übersicht über die Europe-Direct-Zentren in Deutschland gibt es hier: <https://bit.ly/3B5KOsg>

Europa in Zahlen

58,49

Terrabyte (TB) beträgt der Netto-Datenzufluss, der monatlich aus einem anderen Land in deutsche Rechenzentren strömt. Damit liegt Deutschland an der Spitze der Mitgliedstaaten vor Irland (45,98 TB/Monat) und den Niederlanden (45,50 TB/Monat). Das ergab eine Studie der EU-Kommission für die Datenströme unter den 27 Mitgliedstaaten sowie den Ländern Großbritannien, Schweiz, Island und Norwegen für das Jahr 2020. Die Untersuchung gibt einen Überblick über das Volumen und die Art der Cloud-Datenzuflüsse und -abflüsse nach Wirtschaftszweig, Standort, Unternehmensgröße und Art der Cloud-Dienste.

In einer Folgestudie wird nun der wirtschaftliche Wert der Datenzuflüsse und -abflüsse innerhalb der EU sowie mit Drittländern wie den USA und China erfasst. Die EU-Kommission hat die Jahre bis 2030 zur digitalen Dekade ausgerufen, um neben dem Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft im Zuge des Europäischen Grünen Deals auch die digitale Transformation voranzutreiben.

Datenströme

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 16.02.2022 19.00–20.30 Uhr	„The Irish Border Issue – What's the Problem?“ Diskussionsveranstaltung (in englisch) Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen, Auslandsgesellschaft.de und Europe Direct Dortmund	Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/discussion/the-irish-border-issue-whats-the-problem
> 17.02.2022 16.00–17.00 Uhr	„Virtueller Besuch des Wirtschafts- und Sozialausschusses“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Relais Rhein-Main	Online	www.europatermine.de/europa-termine/termin/27556
> 22.02.2022 18.00 Uhr	„EU Basics – Der Europäische Gerichtshof. Ein Instrument für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Hamburg	Online	www.europatermine.de/europa-termine/termin/28216
> 23.02.2022 19.00–20.30 Uhr	„Mein Europa – Schweden!“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Karlspreis Academy, EUROPE DIRECT Ostbelgien, EUROPE DIRECT Kreis Gütersloh, EUROPE DIRECT Dortmund und EUROPE DIRECT Aachen	Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/mein-europa/mein-europa-schweden
> 24.02.2022 18.30–19.15 Uhr	„Europäisches Jahr der Jugend 2022. Wie partizipiert es sich in Europa?“ Vortrag Veranstalter: EIZ Rostock	Online	www.eiz-rostock.de/events/wie-partizipiert-es-sich-in-europa/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Suttner-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



DIALOG AUF AUGENHÖHE

Diskussion über Inklusion und Nachhaltigkeit

Bei der Dialogveranstaltung „ES REICHT MIR (NICHT)!“ können junge Menschen am Donnerstag, dem 24. Februar 2022, auf Augenhöhe mit Vertreterinnen und Vertretern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zu den Themen Inklusion und Nachhaltigkeit diskutieren. Im Fokus der Online-Veranstaltung stehen Erfahrungen, Anliegen und Forderungen junger Menschen zu den beiden Themen und die Frage, wie die Politik diese umsetzen kann.



Als Diskussionspartner dabei sind unter anderem die Europaabgeordnete und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, sowie Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland.

■ *Inklusion und Nachhaltigkeit*

ONLINE-WEBINARE

Demographischer Wandel in der Landwirtschaft

Der demographische Wandel ist fast nirgends so mit Händen zu greifen wie auf den Dörfern und Äckern. Die EU-Landwirtschaft bedarf dringend einer Verjüngung. Doch wie kann diese gelingen? In drei Online-Webinaren der Europäischen Akademie Berlin sollen mit einem interessierten Fachpublikum Fragen diskutiert werden wie: Wie sieht die Situation der jungen Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland und Europa aus? Welche konkreten Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Instrumente sind für die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft erforderlich?



Das erste Webinar findet am Freitag, dem 25. Februar 2022 zum Thema „NEUSTART - Junge Leute auf dem Hof: Eine Bestandsaufnahme aus europäischer Perspektive und ein Blick in die Zukunft“ statt. Weitere Webinare sind für den 11. und 25. März geplant. Die Teilnahme ist kostenfrei.

■ *Demographischer Wandel in der Landwirtschaft*

ZUSCHÜSSE BIS ZU 30.000 EURO

Mit Jean Monnet mehr über die EU lernen

Wie wirkt sich die EU auf unser Leben aus? Welche Chancen bietet das Zusammenleben in Europa? Wie funktionieren Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der EU? Die Jean-Monnet-Initiative „Über die EU in der Schule lernen“ soll Schulen und Lehrkräfte motivieren und unterstützen, ihre eigenen Methoden zu entwickeln, um eine bessere Vermittlung der EU im Klassenzimmer zu erreichen. Über das Programm Erasmus+ können Schulen und Berufsbildungseinrichtungen über einen Zeitraum von drei Jahren Zuschüsse von bis zu 30.000 Euro beantragen, um Schülerinnen und Schülern das Wissen über die Europäische Union näherzubringen.

Die Mittel werden zentral bei der Exekutivagentur der Europäischen Kommission (EACEA) in Brüssel beantragt. Bewerbungsschluss ist der 1. März.

■ *Jean-Monnet-Initiative*



KOHÄSIONSPOLITIK IM JOURNALISMUS

EU fördert akademische Debatte

Die Europäische Kommission hat zur Einreichung von Vorschlägen für einen Kurs über die Europäische Union und die EU-Kohäsionspolitik für Journalismusstudierende aufgerufen. Wie die für Kohäsion und Reformen zuständige Kommissarin Elisa Ferreira erklärte, soll damit die akademische Debatte über die EU und die Kohäsionspolitik gefördert, der Wissensstand der Studierenden verbessert und die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und anderen Einrichtungen in der EU unterstützt werden.

Die Begünstigten sollen eine Einführungsstrategie entwickeln, ein Netz von Hochschuleinrichtungen aufbauen und den Kurs durchführen. Vorschläge können von Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen eingereicht werden, die Journalismus in Grund- und Aufbaustufe anbieten. Die Kommission übernimmt 95 Prozent der Projektkosten. Bis zum 21. April können Vorschläge eingereicht werden.

■ *Kurs über Kohäsionspolitik*